Leipziger Tageblatt
und
Handels-Zeitung
Amtsblatt des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig

Abend-Ausgabe.

Bezugspreise: für Leipzig und Vororte durch unsere Träger und Spediteure 2mal täglich ins Haus gebracht monatlich 1.25 M., vierteljährlich 3.75 M. Bei der Geschäftsstelle, unsern Filialen und Ausgabestellen abgeholt: monatlich 1 M., vierteljährlich 3 M. Durch unsere auswärtigen Filialen ins Haus gebracht: monatlich 1.50 M., vierteljährlich 4.50 M. Durch die Post: innerhalb Deutschlands und der deutschen Kolonien monatlich 1.50 M., vierteljährlich 4.50 M., ausschließlich Postbestellgeld. Preis der Einzelnummer 10 Pf. In Leipzig, den Nachbarorten und den Orten mit eigenen Filialen wird die Abendausgabe noch am Abend des Erscheinens ins Haus geliefert.

Redaktion und Geschäftsstelle: Johannisgasse Nr. 8. ✦ Fernsprech-Anschluß Nr. 14692, 14693 und 14694.

109. Jahrgang

Anzeigenpreise: für Anzeigen aus Leipzig und Umgebung die 1spaltige Petitzeile 25 Pf., die Reklamezeile 1 M., von auswärts 30 Pf., Reklamen 1.25 M., Kleine Anzeigen die Petitzeile nur 20 Pf., b. Wiederhol. Rab., Anzeigen von Behörden im amtlichen Teil die Petitzeile 60 Pf. Geschäftsanzeigen mit Platzvorschrift im Preise erhöht. Rabatt nach Tarif. Beilagen: Gesamtauflage 7 M. das Tausend ausschl. Postgebühr. Anzeigen-Annahme: Johannisgasse 8, bei sämtlichen Filialen des Leipziger Tageblattes und allen Annoncen-Expeditionen des In- und Auslandes. Das Leipziger Tageblatt erscheint werktags 2mal, Sonn- u. Feiertags 1mal. Berliner Redaktion: Jn den Zelten 17. Fernsprech-Anschluß: Hansa Nr. 497.

Nr. 416. Dienstag, den 17. August. 1915.

Zwei Millionen Kriegsgefangene

Ein deutsches Tauchboot beschiesst die Westküste Englands mit Granaten

Vom Kohlenzwangssyndikate

Man schreibt uns:

Das „Leipziger Tageblatt" hat in seiner Morgennummer vom Sonnabend einen Artikel gebracht, der die Ueberschrift trug: „Die Sommertagung des Reichstages." Der Verfasser nahm an, daß der Reichstag sich auch mit der Bundesratsverordnung über Zwangssyndikate beschäftigen werde. Das mag sein. Man muß aber wünschen, daß dabei diese außerordentlich wichtige Frage etwas mehr vertieft werde. Den leise anklingenden Standpunkt des Verfassers können wir nicht teilen.

Es handelt sich, wie jedermann weiß, um das Rheinisch-Westfälische Kohlensyndikat, dessen Wirksamkeit bekanntlich einer sehr verschiedenen Beurteilung unterliegt. Die einen wollen in ihm nur eine Ausschreitung in der Verfolgung privater Interessen erblicken, und der Ruf ertönte, daß die Kohle der privaten Politik überhaupt entzogen werden müsse. Ein staatlicher Versuch, auf die Preispolitik der großen Bergherren Einfluß zu gewinnen, stellte die vielbesprochene Hibernia-Angelegenheit dar. Man erinnert sich, daß dieser Versuch untauglich war und gänzlich scheiterte. Die anderen preisen in dem Kohlensyndikate den Triumph einer großzügigen privaten Wirtschaftspolitik, deren Segen sich keineswegs auf die Zechenbesitzer beschränke, sondern der Allgemeinheit zugute komme. Auch der Arbeiterschaft, wie dies von deren Führern anerkannt werde.

Die Wahrheit dürfte, wie immer, in der Mitte liegen. Zweifellos hat die Syndizierung der Steinkohle manches Gute gebracht, manches Unheil verhindert. Wir heben hier nur die Sicherheit der Versorgung des inneren Marktes, die Bekämpfung einer sprunghaften Preisbildung, die Verhütung des Stillegens von Zechen und der damit notwendig verbundenen Arbeitslosigkeit hervor. Auch als Beispiel und Vorbild dafür, wie im Wirtschaftsleben der einzelne sich unterordnen muß, wie nur die gesammelte Kraft Großes leisten kann, und wie auf diese Weise Gelegenheit und Raum für die Entfaltung bedeutender Persönlichkeiten geschaffen wird, — in allen diesen Beziehungen steht das Syndikat ruhmvoll da. Man sieht, wie überall, auch beim Großkapital, der Koalitionsgedanke blüht. Aber alles dies erkennt doch die Bundesratsverordnung an. Sie wollte ja das Syndikat nicht vernichten, sie unternahm nicht, die staatliche Zwangsvereinigung ohne weiteres an die Stelle der freiwilligen und privaten zu setzen. Was der Bundesrat beabsichtigte, war: der Entschlußkraft der Zechenbesitzer, die nun schon geraume Zeit verhandelten, aber sich mit den Außenseitern nicht einigen konnten, etwas unter die Arme zu greifen. Das jetzige Syndikat läuft Ende Dezember 1915 ab. Da der Bundesrat einen syndikatslosen Zustand für ein nationales Unglück hielt, erließ er seine Kriegsverordnung, die nur dann eine Zwangsvereinigung anordnet, wenn die Herren sich nicht freiwillig syndizieren, und zwar so, daß mehr als 97 Prozent der Förderung eines Bezirks mittun. Das alles ist doch das Gegenteil einer Unfreundlichkeit, ist genau besehen nichts anderes, als — wie wir irgendwo lasen — ein ehrendes Zeugnis für die Wirksamkeit des Kohlensyndikats im besonderen und den Nutzen des Syndikatsgedankens im allgemeinen. Uebrigens hat ja der Wink, den die Zechenbesitzer erhielten, sofort genützt. Die Verhandlungen „schweben" nicht mehr, vielmehr ist ein Vertrag wenigstens bis März 1917 zustande gekommen. Das ist unseres Erachtens eine bedeutende und erfreuliche Tatsache. Ihr gegenüber erscheint die Beschwerde, daß die Herren des Syndikats durch das Vorgehen des Bundesrats überrascht worden seien, daß man sie nicht gefragt habe, etwas klein.

Allerdings hat sich der Staat einen nicht unbedeutenden Einfluß auf die Preispolitik gesichert. Aber auch hier spricht er nur ein: Cave ne quid nimis aus. Grundsätzlich ist das Syndikat, dem ja auch der Staat selbst mit seinen Zechen als Mitglied angehört, frei. Daß er aber, wenn nötig, einschreiten kann, wer wollte dies beklagen? Damit wird eine Forderung erfüllt, die von den Vertretern der Allgemeinheit, so im Reichstag, oft erhoben wurde. Die gewaltige Republik, die die Herren in Essen innerhalb unseres Staates bilden, repräsentiert wohl das Kapital von einer Milliarde und hält ungefähr die Hälfte der deutschen Förderung unter Aufsicht und Einfluß. Es widerspricht aber den durch Not geläuterten Anschauungen der Gegenwart, einen für das Volk und seine Gesamtwirtschaft so unentbehrlichen Artikel wie die Steinkohle gänzlich unter alleinigem, privatem Verschlusse zu lassen. Der Krieg und die Verordnungen des Bundesrats haben uns im Laufe eines Jahres um Generationen vorwärts gebracht, und wir sind überzeugt, daß der Tropfen staatssozialistischen Oeles in dem Räderwerk unserer nationalen Wirtschaft nicht wieder austrocknen wird. Die Ausschreitungen in der Preisbildung der Nahrungsmittel dürften den Staat eher zu einem noch lebhafteren Tempo in seiner Mittäterschaft drängen. So glauben wir auch nicht, daß im März 1917, wenn das jetzige Kohlen-Zwischensyndikat zu Ende geht und der Krieg — hoffentlich längst — vorbei sein wird, die Zechenbesitzer eine Wiedergeburt der alten, ungehemmten Freiheit erleben werden. Der Abbau des Kriegsverordnungsrechtes wird nur langsam und vorsichtig vonstatten gehen dürfen, und gar mancher Rechtsgedanke, der in der Not erzeugt wurde, wird sich als lebenskräftig erweisen und für immer erhalten bleiben. Es ist uns kein Zweifel, daß nach dem Frieden eine große Zeit der Gesetzgebung auf allen Gebieten kommen wird. □

Ein deutsches Tauchboot beschießt die Westküste Englands

wtb. **London, 17. August. (Meldung des Reuterschen Büros.) Ein deutsches Unterseeboot hat am 16. August frühmorgens auf Parton, Harrington und Whitehaven an der Westküste von England Granaten abgefeuert, ohne wesentlichen Schaden anzurichten. Einige Granaten trafen nördlich von Parton den Bahnkörper; der Verkehr erlitt eine kurze Unterbrechung. In Whitehaven und Harrington entstanden Brände, die rasch gelöscht wurden. Menschenleben wurden nicht verloren.**

In der Irischen See, zwischen der Insel Man und Liverpool, haben deutsche Unterseeboote der feindlichen Schiffahrt schon wiederholt böse mitgespielt. Daß also Tauchboote vor dem Eingang des Solway-Firth erscheinen, ist nach den bisherigen Leistungen nicht gerade verwunderlich. Neu und bedeutungsvoll ist aber, daß sie mit Granaten die befestigte Küste beschießen. In dem erfolgreichen Angriff auf die Orte Harrington, Parton und Whitehaven, die dicht beieinander an der Küste der Grafschaft Cumberland liegen, haben wir eine hocherfreuliche Erweiterung der Verwendung unserer Unterseebootwaffe zu erblicken. Unsere lieben Vettern mögen daraus ermessen, daß es für uns immer neue Angriffsmöglichkeiten gegen sie gibt.

Russischer Generalstabsbericht

wtb. **Petersburg,** 17. August. Der Generalstab des Generalissimus teilt mit:

In Gegend von Bauske drängten unsere Truppen in der Nacht zum 15. d. M. von neuem die Deutschen zum Flusse Aa; feindliche Gegenangriffe wurden zurückgewiesen. In der Richtung Jacobstadt-Dünaburg keine wesentlichen Veränderungen. **Die Beschießung von Kowno dauert ohne Nachlassen an.** Die Deutschen greifen hartnäckig die Befestigungen im westlichen Abschnitt an. Zwischen Narew und Bug wurden am 14. und 15. d. M. Kämpfe mit großer Erbitterung geliefert. Eine Reihe feindlicher Angriffe wurden unter großen Verlusten für den Feind abgeschlagen. Auf dem linken Ufer des Bug keine wesentlichen Veränderungen. In den übrigen Abschnitten der Gesamtheit unserer Front stellenweise Gewehr- und Geschützfeuer, keine irgendwie bedeutenden Gefechte.

Französischer Generalstabsbericht

wtb. **Paris,** 16. August. Amtlicher Bericht von Montag nachmittag. Im Laufe der Nacht aussetzende Kanonade im Gebiete von Souchez und auf dem Nouron-Plateau. Nördlich der Aisne im Gebiet von Quennevières und in den Westargonnen Kämpfe mit Bomben und Handgranaten. In den Vogesen machten wir zwischen Unterburnhaupt und Ammerzweiler einige Gefangene und erbeuteten zwei Minenwerfer und ein Maschinengewehr.

Die Räumung Rigas beendet

tu. **Petersburg,** 17. August. **Die Räumung Rigas ist beendet. Die Russen schaffen sogar die Schienen der Straßenbahn fort. Mehrere alte Häuser mit Kupferdächern befinden sich ganz ohne Dächer. Das Denkmal Peters des Großen wurde wegtransportiert. Alle Fabriken sind geschlossen. — Deutsche Flugzeuge bombardierten während der letzten Tage mit großer Heftigkeit die Kreuzwege der Eisenbahnlinie zwischen Warschau und Grodno. Das Bombardement kostete mehrere Opfer unter der Zivilbevölkerung.**

Zwei Millionen Kriegsgefangene

tu. **Frankfurt a. M., 17. August. Nach einer Zusammenstellung sind den deutschen und österreichisch-ungarischen Truppen seit Kriegsbeginn zwei Millionen Feinde in die Hände gefallen. Diese in der Weltgeschichte unerhörte Zahl gibt das greifbarste Maß unseres Erfolges. Er ist mit dem Fortschreiten des Krieges angewachsen.**

Die zwei Millionen verteilen sich ungleich auf die Heere der feindlichen Koalition. Die Westfront, die seit Monaten fast unveränderlich feststeht, hat etwa 331 000 französische, belgische und englische Gefangene eingebracht. Unser Verbündeter hat auf dem südöstlichen Kriegsschauplatze 23 000 Serben gefangen. Der Rest entfällt auf die russische Armee, die 1 655 000 Mann durch Gefangennahme verloren hat. Mehr als die Hälfte davon sind in den letzten Monaten in den Händen unserer Truppen geblieben, seitdem die Durchbruchsschlacht Tarnow—Gorlice den Stellungskrieg im Osten zum frischen Bewegungskampf auflöste. Im Mai wurden in Galizien, Polen und im Norden 301 000 Russen gefangen. Im Juni 220 000 und in der ersten Hälfte des Juli 32 000 Mann. Am 14. Juli begann dann der Generalangriff der verbündeten Armeen gegen die polnische Festungslinie, der zu dem großen, noch nicht abgeschlossenen Rückzug der Russen führte. Er brachte bis Ende Juli 190 000 Mann. Im August bisher weitere 95 000 Gefangene, so daß die russische Armee seit dem 14. Juli 285 000 Mann einbüßte, ohne die blutigen Verluste. Das alles hindert, wie die „Frankft. Ztg." bemerkt, russische und französische Militärkritiker nicht, den Rückzug als „gelungenes" Manöver zu erklären, das die russische Armee vor Verlusten bewahrt hat. Dieses Manöver hat aber den Russen größere Einbuße gebracht, als die gewaltigste Schlacht. In diesen Zahlen sind die Gefangenen nicht eingerechnet, die von unseren türkischen Verbündeten und von Oesterreich-Ungarn auf dem italienischen Kriegsschauplatz gemacht worden sind.

Der Kampf um die Festung Brest-Litowsk

Mit großer Entschlossenheit nahen sich unsere Heere der Festung Brest-Litowsk, wo die geschlagene russische Hauptarmee allem Anschein nach den letzten Versuch zu machen gedenkt, den Siegesmarsch des Feindes zum Stocken zu bringen. Dies wird von einem alten preußischen Offizier dem „Lok.-Anz." geschrieben, der zugleich die Frage aufwirft, ob diese Festung zum Widerstand geeignet sei. Seine Hauptverteidigung findet Brest-Litowsk in den Rokitno-Sümpfen, die aber nicht mehr die Schwierigkeiten bieten dürften wie vor Jahrzehnten, da für ihre Entwässerung sehr viel von der russischen Regierung getan worden ist. Die Festungswerke können nur zum Teil als modern bezeichnet werden.

England und Rußland

wtb. **London,** 17. August. Ein Leitartikel des „Daily Chronicle" wendet sich erregt gegen den Petersburger Bericht der „Daily Mail", in dem gesagt worden war, die Russen fragten, was das englische Dreimillionenheer tue. Das Blatt glaubt nicht, daß irgendeine Gruppe unterrichteter Russen eine so törichte und verkehrte Frage über die Zielloſigkeit der englischen Kriegsleistung stelle.

Das Blatt betont, daß England eine Million Soldaten auf dem Festlande stehen habe, obwohl es niemals versprochen habe, mehr als 160 000 Mann zu senden. Dazu kommen die großen Leistungen der Flotte (?), der Finanzen, der Aufstellung des nationalen Registers und die Gründung des Munitionsministeriums. Das Blatt bekämpft den Klüngel alter Bürokratie im Kriegsamt, der die Arbeit Lloyd Georges erschwere, und sagt: Die Regierung bereitet einen langen Krieg vor. Er mag früher enden, als sie annimmt. Aber selbst wenn er länger dauert, wird England an Mut und Zielbewußtsein nicht nachlassen.

Eine deutsche Antwort an Amerika

✱ Stimmen aus Amerika ließen wir in unserer heutigen Morgenausgabe zu Worte kommen, die in durchaus unmißverständlicher Weise sich über die schwebenden Differenzen zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten aussprachen, wie sie durch Herrn Wilsons eigenartige Politik geschaffen wurden. Besonders beachtenswert waren die Ausführungen Putnams in den „Continental Times", dem Blatt, das von den in Europa lebenden Amerikanern viel gelesen wird. Der Vertreter dieser Zeitung, der amerikanische Oberst Emerson, hatte nun dieser Tage eine Unterredung mit dem stellvertretenden Chef des deutschen Generalstabes, Generaloberſten von Moltke, in deren Verlauf er sehr zu seinem Schaden auch die Frage stellte, wie lange der Krieg wohl noch dauern werde. Diese Frage gab dem Generaloberſten v. Moltke erwünschte Gelegenheit, den smarten amerikanischen Geschoßfabrikanten eine ehrliche deutsche Antwort zu geben, mit der das ganze deutsche Volk aus vollem Herzen einverstanden ist. Herr v. Moltke sah auf die Frage, wie lange der Krieg noch dauern werde, dem amerikanischen Oberſten Emerson ernst in die Augen und sagte mit scharfer Betonung:

„Das hängt davon ab, wie lange ihr Amerikaner fortfahren werdet, unsere Feinde mit Waffen, Munition und Kriegsvorräten zu versorgen. Ohne dies würden unsere Armeen den Krieg bereits an einer der Fronten beendet haben. So, wie die Sache augenblicklich steht, dient die weitere Zufuhr von Munition an unsere Feinde lediglich dazu, das Gemetzel zu verlängern. Deutschland befindet sich in der Lage eines Fechters, der von zwei guten Freunden sekundiert ist, sich aber doch genötigt sieht, mit der Spitze des eigenen Degens einen Ring von Feinden abzuhalten, die alle darauf aus sind, sein Herz zu treffen. Jedesmal, wenn es diesem Kämpfer gelungen ist, einen dieser ihn am heftigsten angreifenden Feinde dadurch zu entwaffnen, daß er ihm das Schwert aus der Hand schlägt, dann kommt von hinten ein neutraler Zuschauer und drückt dem geschlagenen Feind eine neue Waffe in die Hand."

Auf die von einem Amerikaner zu erwartende nichtssagende Entschuldigung, daß die amerikanischen Regierungsarsenale keine Munition an Deutschlands Feinde lieferten, antwortete Herr von Moltke treffend:

„Ich weiß sehr wohl, daß dies die Arbeit amerikanischer Privatgesellschaften ist, aber unser Volk ist zunächst erstaunt darüber, daß sich so viele Ihrer Mitbürger bereit finden lassen, sich an einem derartig unneutralen Handel gegen uns zu beteiligen, und zweitens, daß Ihre Regierung keine geeigneten Maßnahmen traf, um diesem Handel ein Ende zu machen. Wir sind um so mehr erstaunt hierüber angesichts der Tatsache, daß Ihre Regierung in der Note vom 10. Juni an unsere Regierung mit Recht betont, daß die Prinzipien der Humanität höher stehen als gewöhnliche Eigentumsrechte oder Handelsvorteile. Sie wollen, bitte, verstehen, daß ich nicht die Absicht habe, irgendwelche juristischen Punkte dieser Frage zu besprechen. Ich versuche lediglich, Ihnen das Empfinden unseres deutschen Volkes klarzumachen. Ein Volksempfinden wird nicht durch feine juristische Erwägungen geleitet, sondern folgt seinen einfachen eigenen Eingebungen. Das deutsche Volk sieht, daß Amerika Millionen von Waffen und Geschossen in einem Augenblick an unsere Feinde liefert, in dem Deutschland auf das härteste um seine Existenz kämpfen und sich gegen den größten Mächteverband verteidigen muß, den die Welt bisher gesehen hat. Unser Volk hat gesehen, daß Ihre Regierung in Washington nichts getan hat, um diesen Handel in Kriegsmaterial, aus dem eine verhältnismäßig nur kleine Zahl von Amerikanern Gewinn zieht, zu verhindern. Wundern Sie sich, daß die öffentliche Meinung zu der allgemeinen Schlußfolgerung gekommen ist und heute glaubt, daß alle Amerikaner in ihrem Herzen denken: „Laßt die Deutschen zugrunde gehen, laßt uns aber Heu machen, solange es geht."

Es ist besonders beachtenswert, wie das, was hier der stellvertretende Chef des deutschen Generalstabes als die Meinung des deutschen Volkes über die Munitionslieferungen aus den Vereinigten Staaten ausspricht, sich deckt mit dem, was der amerikanische Schriftsteller Putnam auch als die Meinung des größten Teils des amerikanischen Volkes in derselben „Continental Times" kurz vorher zum Ausdruck brachte. Einige Einwürfe des Oberſten Emerson, daß Deutschland früher mit Waffenhandel ähnlich vorgegangen sei, wie jetzt Amerika, wies Generaloberst von Moltke leicht zurück; so hat im Kriege der Vereinigten Staaten mit Spanien Deutschland jede Waffenlieferung an die Kriegführenden verboten. Was aber die Lieferungen der deutschen Waffenwerke in Friedenszeiten an das Ausland angehe, so seien sie notwendig, um diese

SLUB
Wir führen Wissen.